

Wählergruppe Schneider
Matthias Schneider
Stettiner Str. 6
67346 Speyer

16.2.2024

Hauptverwaltung
Herrn Ernst Müller
Maximilianstr. 100
67346 Speyer

Anfrage zur Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber

Sehr geehrter Herr Müller,

wir bitten um Weiterleitung an die zuständige Stelle und um Beantwortung unserer Anfrage bei der Stadtratssitzung am 14. März 2024.

In zwei Thüringer Landkreisen wurde Ende 2023 eine Bezahlkarte eingeführt, wodurch Barauszahlungen an Asylanten und Flüchtlinge etc., auf ein gebotenes Minimum reduziert und die Möglichkeit sich unter verschiedenen Identitäten an unterschiedlichen Orten Bargeld auszahlen zu lassen, sehr erschwert wurde. Im Kreis Eichsfeld reisten daraufhin mehr als ein Viertel der dort alimentierten Personen ab.

Dies ist ein starkes Indiz dafür, daß es vielen der betroffenen Personen nicht vorrangig um Schutz geht, sondern um eine möglichst hohe und frei verfügbare Summe an Bargeld. Bekräftigt wird dies durch die Tatsache, daß sich von 2015 bis 2022 die Rücküberweisungen aus Deutschland ins Ausland, von ca. 3,4 Mrd. auf 7 Mrd. Euro, mehr als verdoppelt haben, wodurch die gesamte Branche der Geldtransfer-Dienstleister besonders profitiert.

Die Rücküberweisungen nach Afghanistan haben sich seit 2018 um 157 % gesteigert, selbige in die Ukraine um 471 %.

Die überhöhten Auszahlungen an Bargeld sind ein wichtiger Pull-Faktor, denn sie übersteigen nachweisbar den zum Lebensunterhalt erforderlichen Umfang. Folglich wäre die Einführung einer Bezahlkarte für die Stadt Speyer mit einigen Vorteilen verbunden wie:

- Reduzierung der Wohnungsnot in Speyer durch erhöhte Abwanderung.
- Verringerung der Barauszahlungen auf das notwendige Minimum und somit sparsamer und verantwortungsvoller Umgang mit Steuergeldern.
- Reduzierung von Mißbrauch (Zitat Friedrich Merz: „Sozialtourismus“) durch bessere Kontrolle der Empfänger.

Vor diesem Hintergrund fragen wir an:

1. Gibt es in Rheinland-Pfalz gesetzliche Regelungen, welche es den Kommunen untersagen, in Eigenverantwortung für die fraglichen Leistungen Bezahlkarten einzuführen?
2. Falls 1. nicht zutrifft: Wird von der Stadtverwaltung die Einführung einer Bezahlkarte für Asylanten/Flüchtlinge erwogen?
3. Wenn ja, wie ist der aktuelle Stand, d.h. welche Schritte wurden bisher eingeleitet und wann ist mit der Beschlußfassung bzw. Einführung zu rechnen?
4. Falls diesbezüglich seitens der Stadtverwaltung noch nichts unternommen wurde. Welches sind die Gründe für diese Untätigkeit?

Mit freundlichen Grüßen,
Matthias Schneider